



## **Zukunft Wohnen - Wohnbau zwischen Bedürfnis, Wunsch und Wirklichkeit**

### **Utl.: Expertinnen und Experten diskutieren in der Volksanwaltschaft zu bedürfnisgerechtem Bauen und Wohnen**

Wien (OTS) 30.11.2016 – Das Wohnungsangebot entspricht in vielem nicht mehr den echten Bedürfnissen. Zahlreiche Beschwerden bei der Volksanwaltschaft illustrieren diese Problemlage. Wünsche und Bedürfnisse der Wohnungssuchenden müssen wieder stärker in den Fokus von Bauwirtschaft und Politik rücken: "Welche Wohnungen brauchen wir?" Die Neuregelung der Wohnbauförderung, wie sie im Finanzausgleich beschlossen wurde, eröffnet ein einmaliges "window of opportunity", um im österreichischen Wohnungsmarkt neue Weichen zu stellen.

Bei der Tagung "Zukunft Wohnen: Bedürfnis - Wunsch – Wirklichkeit", die am 30.11.2016 in der Volksanwaltschaft stattfand, sprach Jörg Wippel, Vorstandsmitglied des Forum Wohn-Bau-Politik über das grundlegende Problem hinter der Thematik: "Wenn die Politik daran geht, Standards und Normen zu überdenken, darf es nicht darum gehen, welche Wünsche und Bedürfnisse Bauwirtschaft und Politik antreiben. Sondern es muss zentral um die Bedürfnisse der Wohnenden selbst gehen." Eine Lösung sieht er vor allem in einem angepassten Wohnungsangebot. "Wir brauchen eine kluge Angebotsvielfalt im Wohnbau und eine gut durchdachte Produktschiene für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen, die nicht in minderer Qualität, sondern in angemessener Qualität gebaut wird."

Volksanwältin Getrude Brinek sprach in diesem Zusammenhang zudem die Tatsache an, dass "Wohnwunsch und Wohnwirklichkeit immer weiter auseinanderklaffen." Über 80 % der Menschen in Österreich ziehen es vor, in ihrer Wohnung alt zu werden und möchten auf Pflegeheime verzichten. Wie Brinek betonte, muss der Wohnungsmarkt daher in Zukunft klare Forderungen erfüllen: "Wichtig ist generationsgerechtes, bedürfnisgerechtes Wohnen, das nicht gegen nachhaltige Grundsätze verstößt."

Wie sich die aktuelle Situation des Wohnungsmarktes in Österreich zusammensetzt, veranschaulichte Michael Klien vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO). Hier wird eines eindeutig: Es fehlt generell an kleinen, günstigen Wohneinheiten. Klien spricht von einer Leistbarkeitsproblematik und empfiehlt ein Umdenken in der Wohnbaupolitik: "Zur Korrektur dieser Bedarfsungerechtigkeiten muss die österreichische Wohnbaupolitik weg von einer reinen Ausgaben- und Zusicherungsfokussierung und hin zu einer wirkungsorientierten Wohnbaustrategie."

Neben der Leistbarkeit von Wohnraum zeigt sich in Österreich auch ein klarer Wandel in den Wohnbedürfnissen. "Es kann nicht mehr nur um die Bereitstellung einer entsprechenden Anzahl von Wohnungen in traditionellem Zuschnitt gehen, sondern es muss sich mit den soziokulturellen und physiologischen Bedürfnissen der Menschen auseinandergesetzt werden", so Renate Hammer, Geschäftsführerin vom Institute of Building Research & Innovation in Wien.

Abschließen diskutierte Gernot Mittersteiner vom Architekturwerk das umfassende und gesamtgesellschaftliche Prinzip des "guten Lebens für Alle". "Wohnen darf nicht als separates, vom Rest des Lebens getrenntes "Arbeitsfeld" behandelt werden." hob Mittersteiner hervor und warnt vor einer isolierten Betrachtungsweise des Themas. "Dies führt in der gebauten Umwelt oft zur Separation von Wohnen und in Folge zu Isolation und zur sozialen Exklusion."

**Rückfragehinweis**

Christine Skribany

Tel.: +43 (0) 1 515 05 – 138

Email: [christine.skribany@volksanwaltschaft.gv.at](mailto:christine.skribany@volksanwaltschaft.gv.at)